



Juli 2010

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Großes Vertrauen in neu gewählten Bundespräsidenten	5
Deutliche Kritik an den Begleitumständen der Präsidentenwahl	8
Regierungszufriedenheit: Negativtrend ausgesetzt	9
Politikerzufriedenheit: Merkels Ansehen verharrt im Fünfjahres-Tief	10
Parteikompetenzen: nach FDP nun auch Union mit Vertrauenseinbußen	11
Sonntagsfrage: Union und SPD mit Zugewinnen zur Monatsmitte.....	13
Kritischere Bewertung der Demokratiepraxis bei unverändert hohem Demokratievertrauen	15
Zukunft: vier von zehn rechnen mit Wohlstandseinbußen	17

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Juli 2010

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Autor:	Jörg Schönenborn (WDR)	☎ 0221 / 220 - 1800
Redakteur WDR:	Ingmar Cario (WDR)	☎ 0221 / 220 - 1800
Wissenschaftliche Betreuung/Durchführung:	Heiko Gothe	☎ 030 / 533 22 - 110
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.642 Befragte Fragen zur Bundespräsidentenwahl: 799 Befragte	
Erhebungszeitraum:	30. Juni bis 01. Juli 2010 Fragen zur Bundespräsidentenwahl: 01. Juli 2010	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer	☎ 030/533 22 - 113
	Reinhard Schlinkert	☎ 0228/329 69 - 3

Berlin, Juli 2010
67.10.112390

Analyse

Zusammenfassung

Ungeachtet der Kritik an seiner Nominierung sowie des nötig gewordenen dritten Wahlgangs ist einen Tag nach der Wahl mehr als die Hälfte der Bundesbürger davon überzeugt, dass mit Christian Wulff der richtige Kandidat zum Bundespräsidenten bestimmt wurde. Der frisch gewählte zehnte Bundespräsident erhält zugleich einen großen Vertrauensvorschuss: Sieben von zehn Bundesbürgern sind überzeugt, dass Christian Wulff ein guter Amtsinhaber sein wird.

Der insgesamt positiven Beurteilung des Ausgangs der Wahl steht der kritische Blick auf deren Begleitumstände gegenüber: Mit Blick auf die Kandidatenaufstellung ist mehr als die Hälfte der Bundesbürger darüber enttäuscht, wie im Vorfeld die Nominierung der Politiker zustande gekommen ist. Für zwei Drittel stellt die Notwendigkeit von drei Wahlgängen eine persönliche Blamage für Angela Merkel dar. Für acht von zehn bildet sie den Beweis, dass die Kanzlerin ihre Koalition nicht mehr im Griff hat. Vor diesem Hintergrund überwiegen bei 61 Prozent die Zweifel, dass Schwarz-Gelb der angekündigte Neustart gelingen wird.

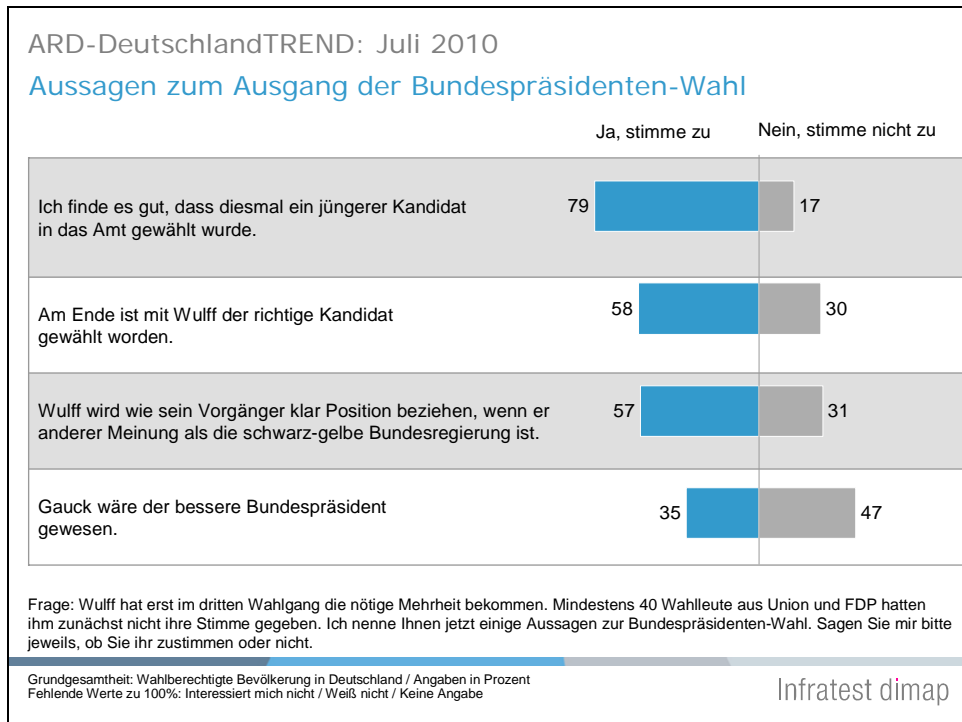
Wie nötig nach wie vor ein gelungener Neustart für das Regierungsbündnis jedoch wäre, zeigt die aktuelle Bewertung ihrer Arbeit. Derzeit stellen 19 Prozent der Deutschen dem Kabinett in Berlin ein positives Zeugnis aus – der zweitniedrigste Wert seit Antritt der schwarz-gelben Koalition im vergangenen Herbst. Der Negativtrend der letzten Monate scheint erstmal gestoppt. Nach wie vor überwiegen jedoch auch in den Reihen der Koalitionsparteien die negativen Urteile. Wie ihr Kabinett verharret auch die Kanzlerin im Ansehenstief. Angela Merkel legt im Urteil der Bundesbürger zwar zu. Die aktuell erreichte Zustimmung von 43 Prozent markiert jedoch immer noch den zweitniedrigsten Rückhalt für ihre Person seit fünf Jahren. Die Notwendigkeit eines Neustarts für Schwarz-Gelb unterstreicht schließlich die Entwicklung der Kompetenzwerte für Union und FDP seit Bildung der gemeinsamen Koalition. Nach den Liberalen im Frühjahr büßen im Urteil der Wahlberechtigten nun auch die Unionsparteien erkennbar an Sachvertrauen ein.

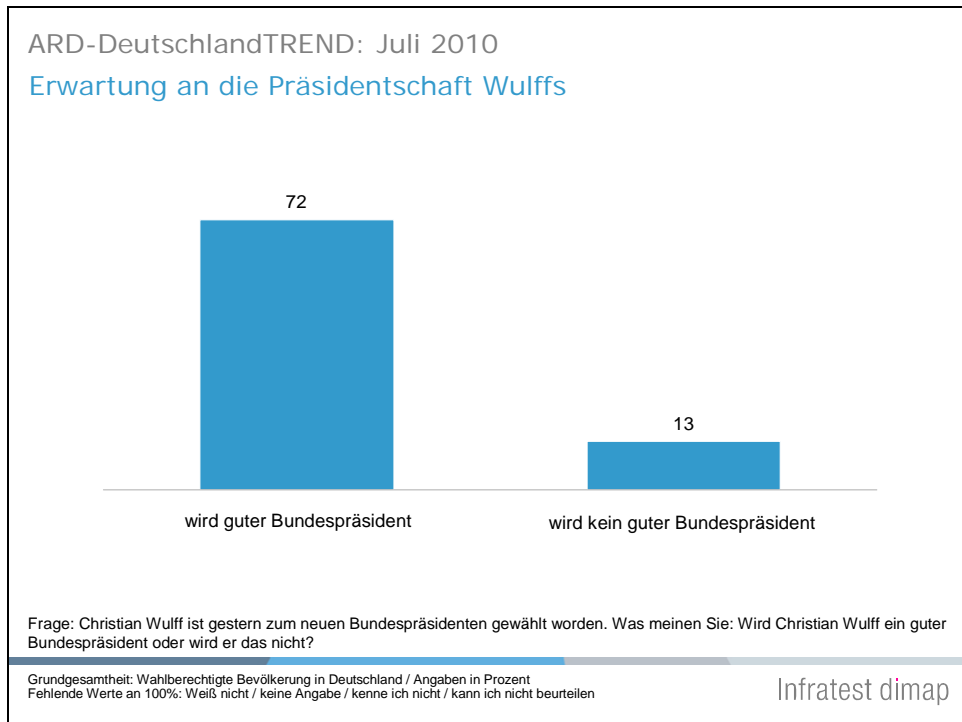
Im Vergleich zu der Mitte des Monats gemessenen politischen Stimmung verbessert sich die Union um 1 Punkt auf einen Stimmenanteil von 33 Prozent. Die SPD legt im gleichen Umfang zu und hätte momentan 30 Prozent in Aussicht. Die Grünen lägen wie zur Monatsmitte bei 17 Prozent, die Liberalen bei 5 Prozent. Die Linkspartei gibt 1 Punkt ab und käme auf 10 Prozent. Die Sonstigen würden zusammen 5 Prozent (-1) erzielen.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Juli, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von fünf Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 30. Juni bis 01. Juli 1.000, für die Sonntagsfrage 1.624 und für die Fragen zur Bundespräsidentenwahl 799 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

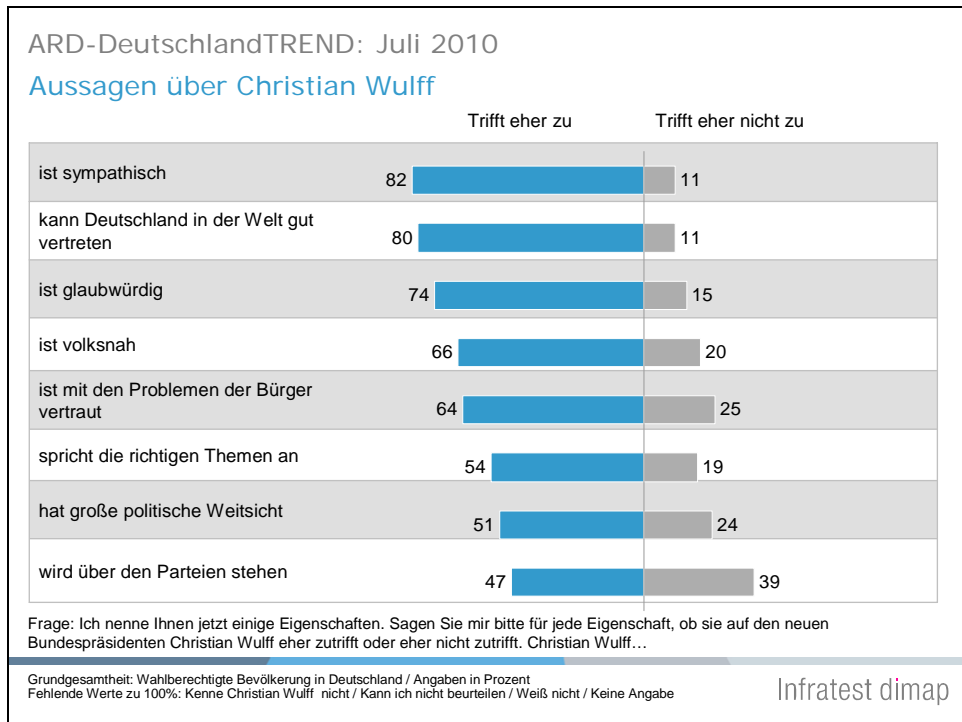
Großes Vertrauen in neu gewählten Bundespräsidenten

Ungeachtet der Kritik an seiner Nominierung sowie des nötig gewordenen dritten Wahlgangs ist einen Tag nach der Wahl mehr als die Hälfte der Bundesbürger (58 Prozent) davon überzeugt, dass mit Christian Wulff am Ende der richtige Kandidat zum Bundespräsidenten bestimmt wurde. Nach Ansicht gut jedes Dritten (35 Prozent) wäre allerdings Joachim Gauck der bessere Mann für das Amt gewesen.





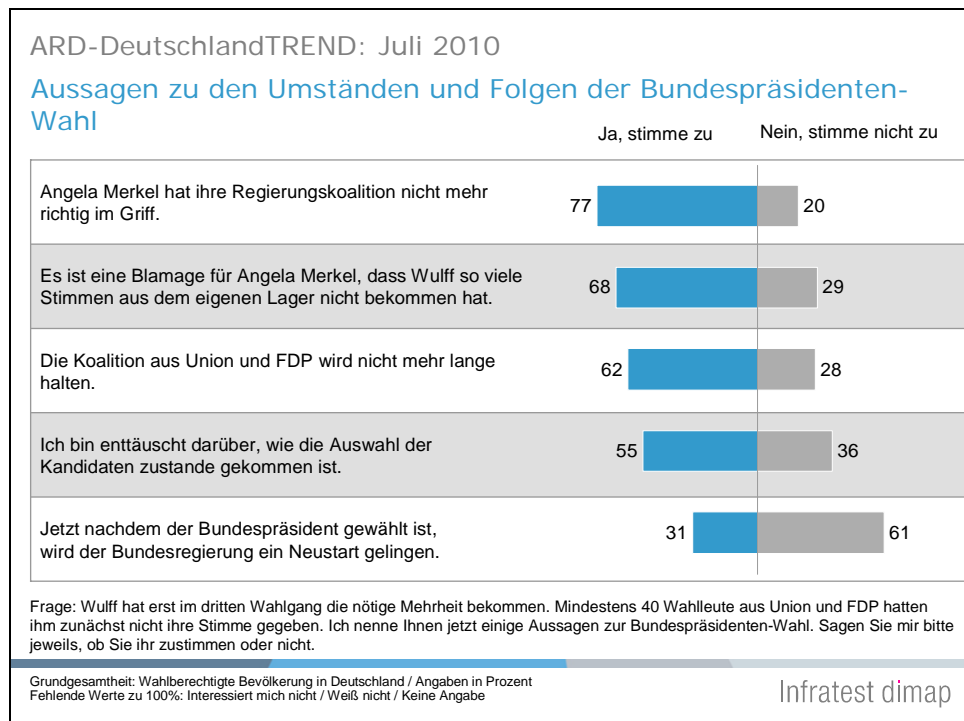
Der frisch gewählte zehnte Bundespräsident erhält zugleich einen großen Vertrauensvorschuss: Sieben von zehn Bundesbürgern (72 Prozent) sind überzeugt, dass Christian Wulff ein guter Amtsinhaber sein wird, nur 13 Prozent sind gegenteiliger Meinung. In diesem positiven Urteil sind sich die Bürger weitgehend einig. Auch in den Reihen der mit jeweils eigenen Kandidaten angetretenen Oppositionsparteien überwiegt die Erwartung, dass der niedersächsische CDU-Politiker das Amt des Staatsoberhauptes insgesamt gut ausfüllen wird. Zweifel wegen seines Alters bestehen nicht. Im Gegenteil. Den Umstand, dass diesmal ein jüngerer Kandidat in das Amt des Bundespräsidenten gewählt wurde, finden acht von zehn (79 Prozent) prinzipiell gut.



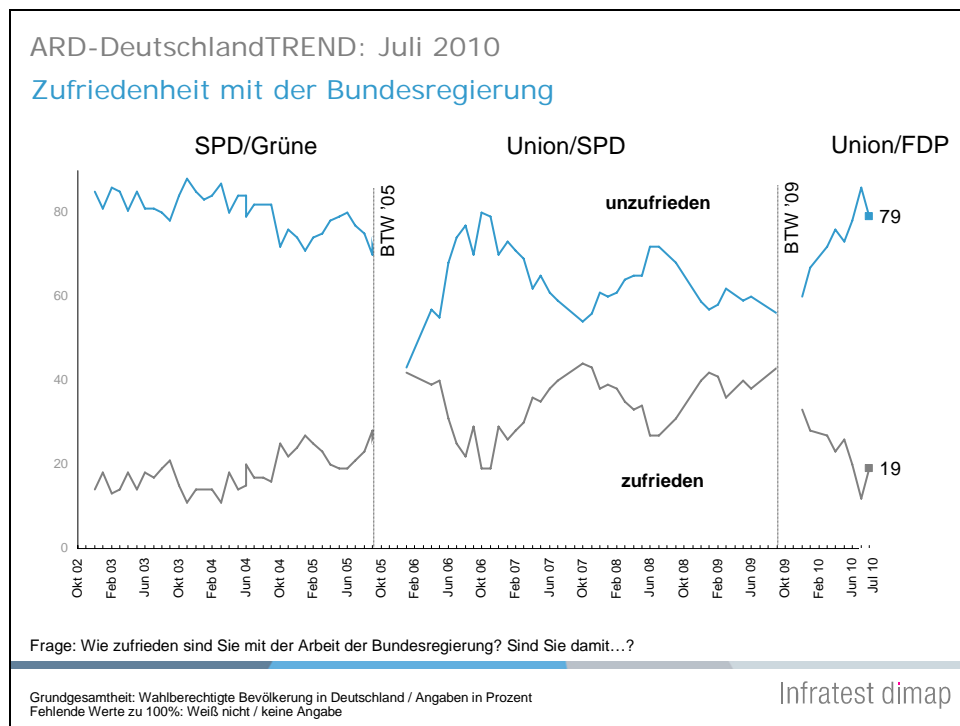
Punkten kann Christian Wulff bei den Bürgern durch seine Ausstrahlung als sympathischer (82 Prozent) und glaubwürdiger Politiker (74 Prozent). Zugleich ist weitgehend unstrittig, dass er Deutschland gut in der Welt vertreten kann (80 Prozent). Wulf gilt bei einer Mehrheit der Bürger als volksnah (66 Prozent) und vertraut mit ihren Problemen (64 Prozent). Etwa jeder Zweite sieht in ihm auch einen Politiker, der die richtigen Themen anspricht (54 Prozent) bzw. attestiert ihm politische Weitsicht (51 Prozent). Etwa ebenso viele (47 Prozent) glauben, dass er im Amt über den Parteien stehen wird. Dass er klar Positionen beziehen wird auch wenn er anderer Meinung als die schwarz-gelbe Bundesregierung ist, erwarten sogar sechs von zehn (57 Prozent).

Deutliche Kritik an den Begleitumständen der Präsidentenwahl

Der insgesamt positiven Beurteilung des Ausgangs der Wahl steht der deutlich kritische Blick auf deren Begleitumstände gegenüber: Im Zusammenhang mit der Kandidatenaufstellung ist mehr als die Hälfte der Bundesbürger (55 Prozent) darüber enttäuscht, wie im Vorfeld die Nominierung der Politiker zustande gekommen ist. Für zwei Drittel (68 Prozent) stellt die Notwendigkeit von drei Wahlgängen trotz komfortabler Mehrheit eine persönliche Blamage für Angela Merkel dar. Für acht von zehn (77 Prozent) bildet sie den Beweis, dass die Kanzlerin ihre Koalition nicht mehr im Griff hat. Vor diesem Hintergrund überwiegen bei 61 Prozent die Zweifel, dass Schwarz-Gelb der angekündigte Neustart gelingen wird. Sechs von zehn (62 Prozent) erwarten sogar ein vorzeitiges Auseinanderbrechen der Koalition.



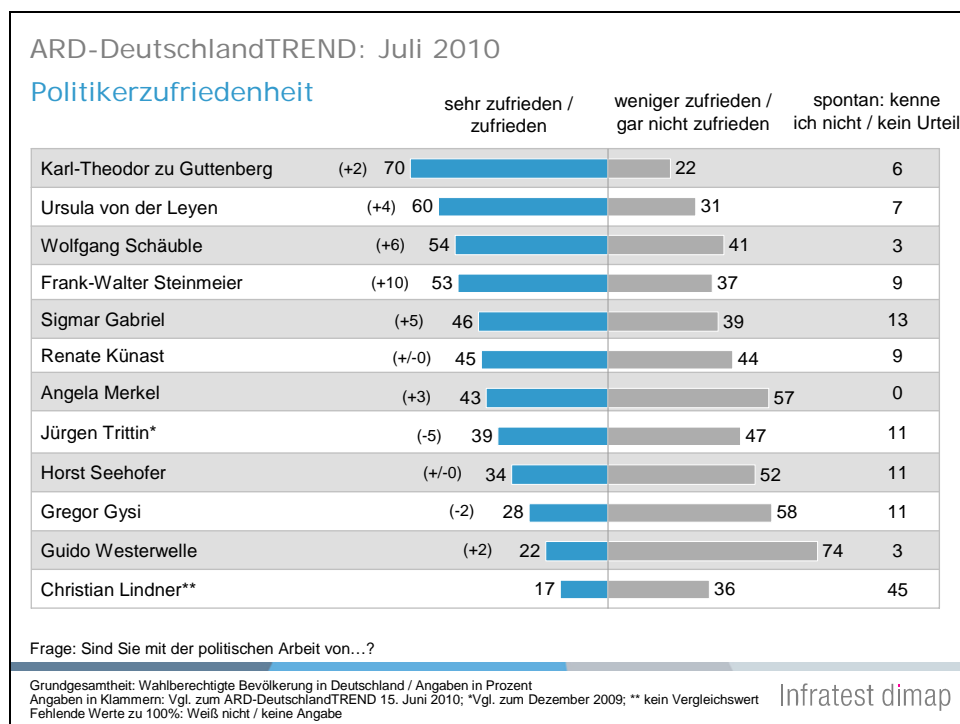
Regierungszufriedenheit: Negativtrend ausgesetzt



Wie nötig nach wie vor ein gelungener Neustart für das Regierungsbündnis wäre, zeigt die aktuelle Bewertung ihrer Arbeit. Derzeit stellen 19 Prozent der Deutschen dem Kabinett in Berlin ein positives Zeugnis aus – der zweitniedrigste Wert seit Antritt der schwarz-gelben Koalition im vergangenen Herbst. Nach Vorlage der Sparbeschlüsse zu Monatsbeginn war das Regierungsansehen mit 12 Prozent Zustimmung Mitte Juni auf ein Rekordtief gesunken. 86 Prozent übten vor zwei Wochen Kritik. Momentan äußern sich acht von zehn (79 Prozent) unzufrieden. Der Negativtrend der letzten Monate scheint erstmal gestoppt. Nach wie vor überwiegen jedoch auch in den Reihen der Koalitionsparteien die negativen Urteile.

Politikerzufriedenheit: Merkels Ansehen verharrt im Fünfjahres-Tief

Wie ihr Kabinett verharrt auch die Kanzlerin im Ansehenstief. Angela Merkel, die nach der Sparklausur zur Monatsmitte auf den niedrigsten Sympathiewert seit ihrem Einzug in das Kanzleramt von 2005 zurückgefallen war, legt im Urteil der Bundesbürger zwar zu (+3), die aktuell erreichte Zustimmung von 43 Prozent markiert jedoch den zweitgeringsten Rückhalt für ihre Person seit fünf Jahren. Der FDP-Vizekanzler und Bundesaußenminister kann die Ansehensschwäche der Kanzlerin trotz Zugewinns (+2) nicht kompensieren. Guido Westerwelle verharrt mit einer positiven Beurteilung durch jeden fünften Wahlberechtigten (22 Prozent) auch im Juli auf einem der hinteren Plätze.

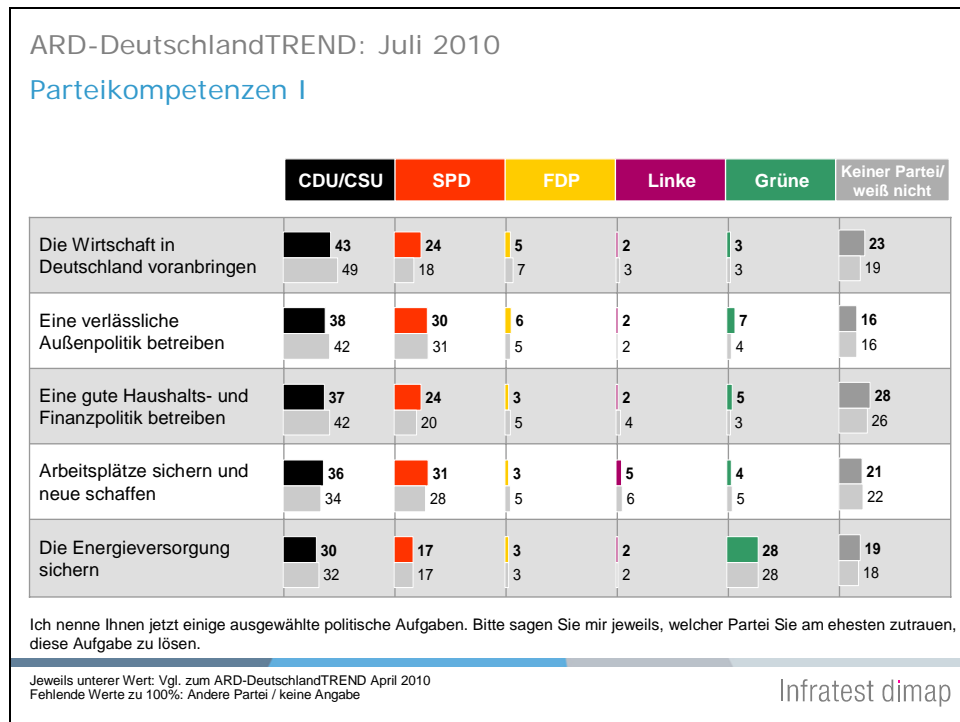


Sympathieträger im schwarz-gelben Kabinett bleiben Theodor zu Guttenberg mit neuem persönlichen Bestwert (70 Prozent; +2) und die kurzfristig als Kandidatin für das Bundespräsidentenamt gehandelte Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (60 Prozent; +4). Beide Unions-Politiker führen gemeinsam mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (54 Prozent; +6) im Juli erneut die Liste der populärsten Politiker an. Auf den nächsten Plätzen liegen im Urteil der Bundesbürger die Oppositionsspitzen von SPD und Grünen Frank-Walter Steinmeier (53 Prozent; +10), Sigmar Gabriel (46 Prozent; +5) und Renate Künast (45 Prozent; +/-0). Ihnen folgen Angela Merkel (43 Prozent), Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin (39 Prozent; -5) und CSU-Vorsitzender Horst Seehofer (34 Prozent; +/-0).

Die drei letzten Plätze werden angeführt vom Linken-Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi (28 Prozent; -2). Auf dem vorletzten Rang liegt der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle (22 Prozent; +2). Ihm folgt sein Generalsekretär Christian Lindner (17 Prozent), zu dessen Arbeit sich fast jeder zweite Bundesbürger aber derzeit noch kein Urteil zutraut.

Parteikompetenzen: nach FDP nun auch Union mit Vertrauenseinbußen

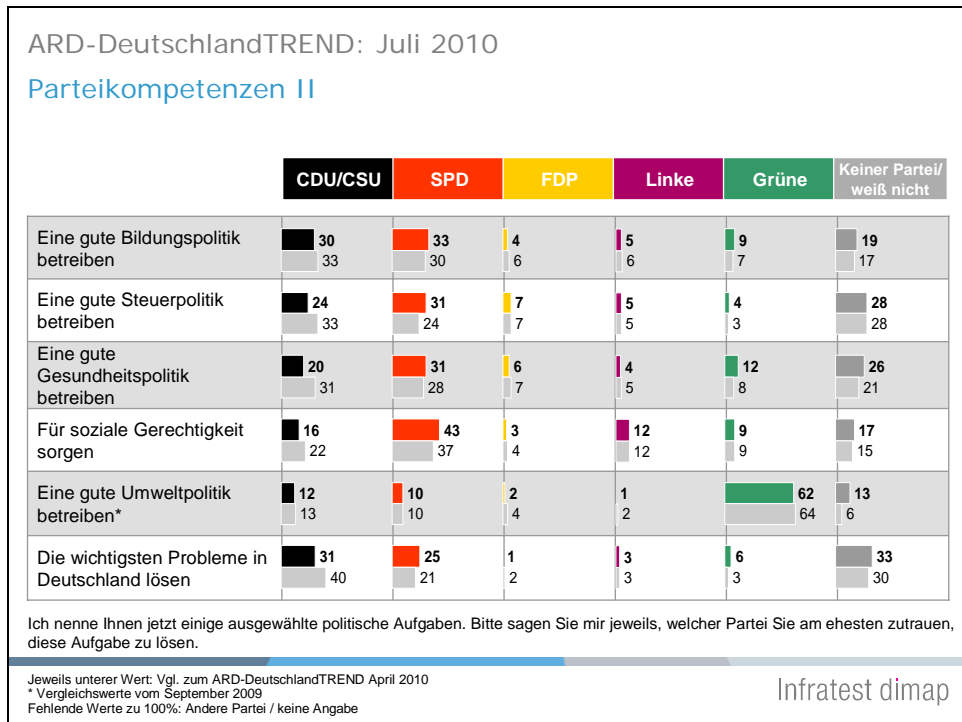
Die Notwendigkeit eines Neustarts für Schwarz-Gelb unterstreicht auch die Entwicklung der Kompetenzwerte für Union und FDP seit Bildung der gemeinsamen Koalition. Nach den Liberalen im Frühjahr büßen im Urteil der Wahlberechtigten nun auch die Unionsparteien erkennbar an Sachvertrauen ein.



Trotz dieser Verluste verteidigt jedoch die **Union** ihre Stellung als Partei mit dem größten Sachvertrauen in der Wirtschafts- (43 Prozent; -6), Außen- (38 Prozent; -4) sowie in der Haushalts- und Finanzpolitik (37 Prozent; -5) mit deutlichem Vorsprung auf die SPD. Bleibt die Union in der Arbeitsmarktpolitik vor den Sozialdemokraten (36:31 Prozent), fällt sie in der Bildungs- (30:33 Prozent), nach deutlichen Einbußen aber auch in der Steuer- (24 Prozent; -9) und Gesundheitspolitik (20 Prozent; -11) auf den zweiten Platz zurück. Die **Sozialdemokraten** übernehmen hier die Kompetenzführerschaft, zugleich verbuchen sie Vertrauensgewinne auf ihrem Kernfeld, der sozialen Gerechtigkeit (43 Prozent; +6).

Die **Liberalen** können von den Vertrauenseinbußen des Koalitionspartners nicht profilieren. Weiterhin schreiben ihnen nur 7 Prozent der Bürger den größten Sachverstand in der Steuerpolitik zu, nach 15 Prozent im letzten Dezember und 19 Prozent unmittelbar vor der Bundestagswahl. Ähnlich problematisch bleibt ihre sachpolitische Wahrnehmung in der Wirtschafts- (-2) und Gesundheitspolitik (-1) mit aktuell zugewiesenen Kompetenzwerten von 5 bzw. 6 Prozent. Das im Herbst übernommene Außenressort hilft der FDP weiterhin nur wenig bei der Bindung von zusätzlichem Sachvertrauen (6 Prozent; +1).

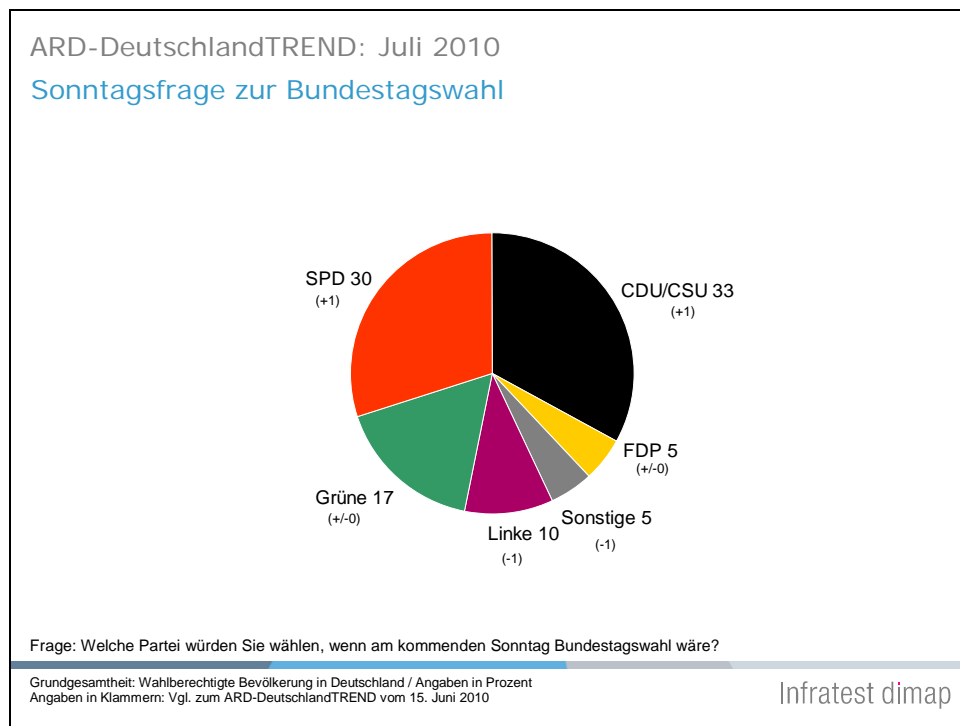
Die **Grünen** bleiben in den Augen der Deutschen vor allem die Partei, die sich am ehesten um eine gute Umweltpolitik kümmert (62 Prozent; -2). Damit im Zusammenhang steht ihr großer Rückhalt in der Bevölkerung auch in energiepolitischen Fragen (28 Prozent; +/-0), der nur von der Union (30 Prozent) knapp übertroffen wird. Jenseits der Umwelt- und Energiepolitik wird den Grünen sichtbares Vertrauen in der Gesundheitspolitik (12 Prozent; +4), in Fragen der sozialen Gerechtigkeit (9 Prozent; +/-0) sowie der Bildungspolitik (9 Prozent; +2) entgegen gebracht.



Die **Linke** bleibt unverändert profiliert vor allem in Fragen des sozialen Ausgleichs (12 Prozent, +/-0).

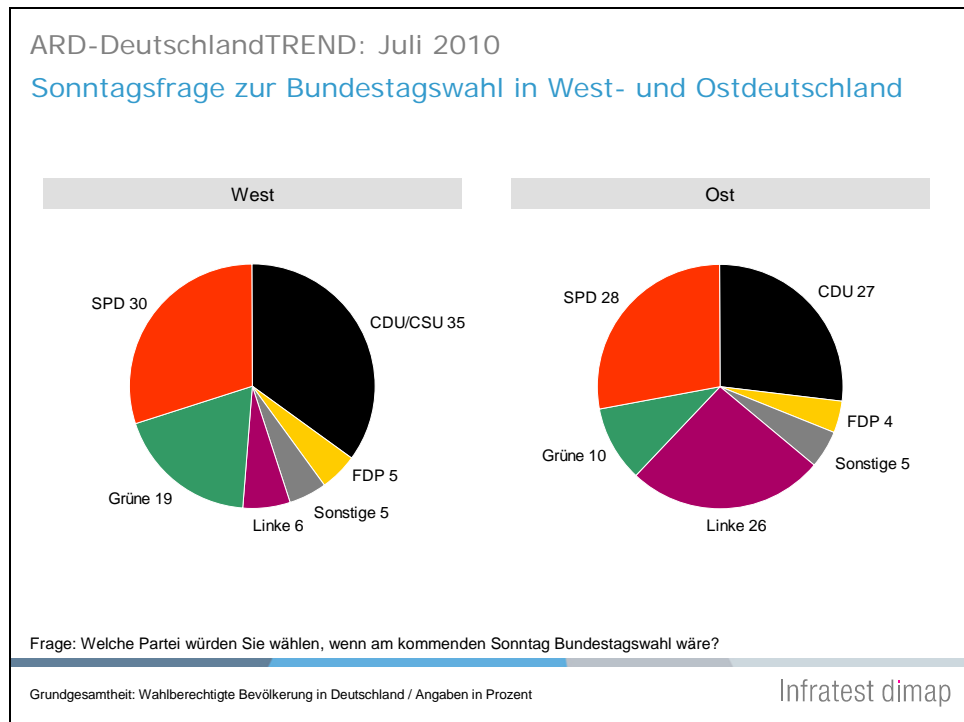
In der **summarischen Bewertung**, welche Partei die wichtigsten Probleme des Landes insgesamt am ehesten lösen kann, schneidet Union nach wie vor am besten ab (31 Prozent), jedoch büßt sie hier erkennbar ein (-9). Den drei Oppositionsparteien im Bundestag kommt dies allerdings nur zum Teil zugute. Im Ergebnis bleibt die Zahl derer, die keiner Partei die Lösung der zentralen Aufgaben im Land zutrauen, mit 33 Prozent auf einem hohen Niveau.

Sonntagsfrage: Union und SPD mit Zugewinnen zur Monatsmitte



Im Vergleich zur Mitte des Monats gemessenen politischen Stimmung verbessert sich die Union um 1 Punkt. Die Unionsparteien könnten aktuell bei einer Bundestagswahl mit 33 Prozent Stimmenanteil rechnen. Die SPD legt im gleichen Umfang zu und hätte momentan 30 Prozent in Aussicht – ihr bester Wert seit Februar 2008 Die Grünen lägen wie zur Monatsmitte bei 17 Prozent, die Liberalen bei 5 Prozent. Die Linkspartei gibt 1 Punkt ab und käme auf 10 Prozent. Die Sonstigen würden zusammen 5 Prozent (-1) erzielen.

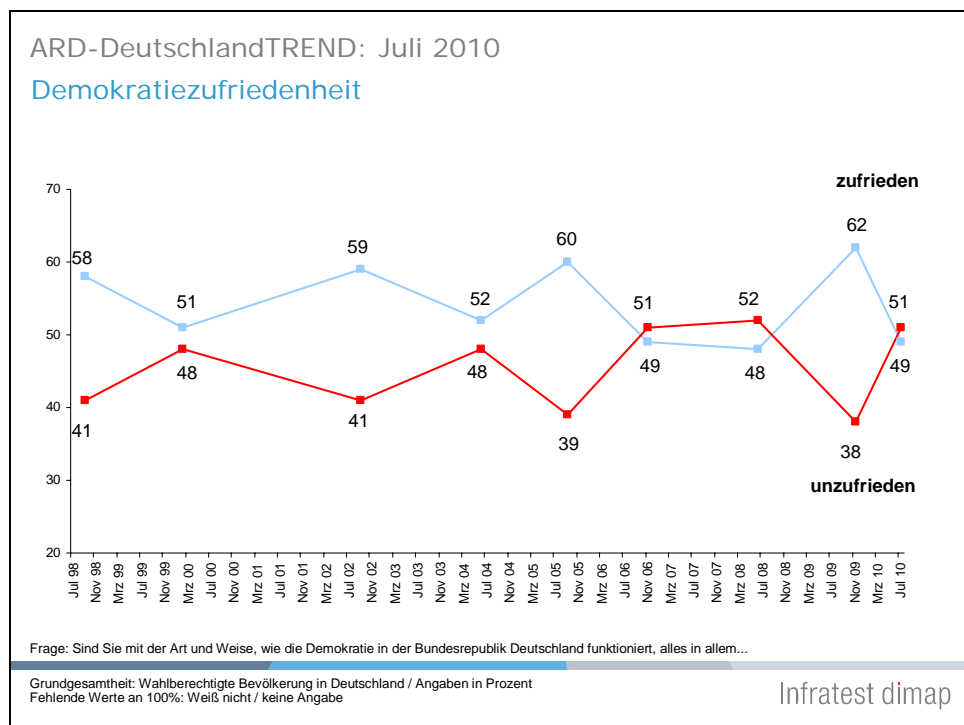
In den **alten Bundesländern** käme die Union auf 35, die SPD auf 30 Prozent. Die Grünen hätten 19 Prozent, die Linke hätte 6 Prozent in Aussicht. Die FDP käme auf 5 Prozent. In den **neuen Bundesländern** käme die Union auf 27 Prozent. Sie bliebe damit hinter der SPD, die mit 28 Prozent rechnen könnte, und vor der Linken, die auf 26 Prozent käme. Während die Grünen 10 Prozent erzielen würden, käme die FDP auf 4 Prozent.

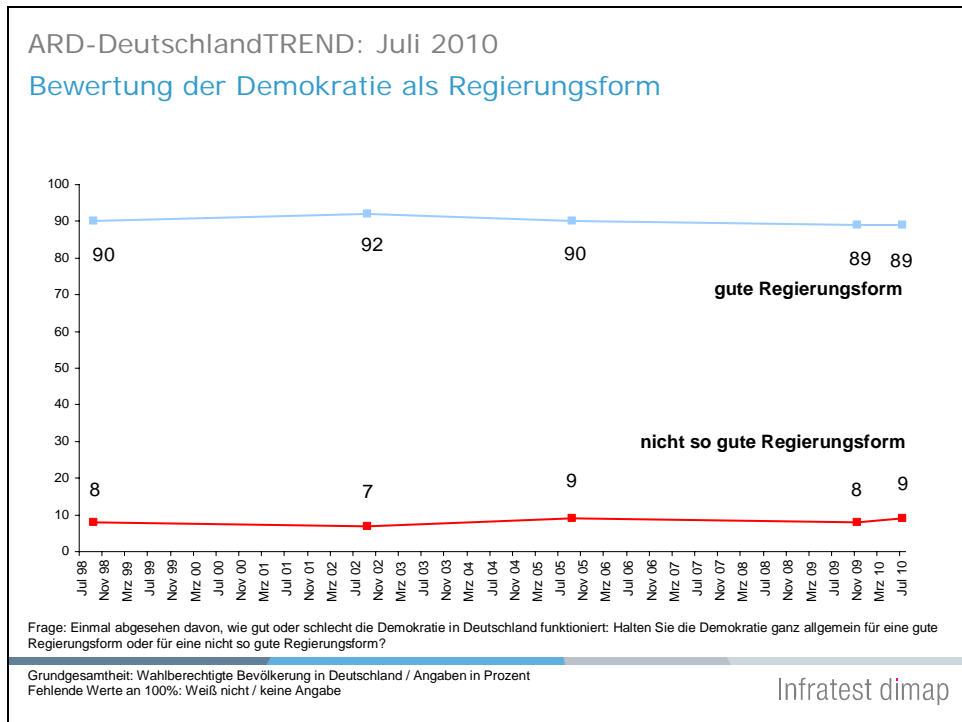


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler immer kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Kritischere Bewertung der Demokratiepraxis bei unverändert hohem Demokratievertrauen

Die Kritik im Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl, die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung und die Zweifel an der Fähigkeit der Parteien, die Grundprobleme des Landes zu lösen, hinterlassen Spuren in der Bewertung der Demokratie: Zur Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik derzeit funktioniert, äußert sich aktuell knapp jeder Zweite (49 Prozent) zufrieden. Etwa ebenso viele (51 Prozent) üben Kritik.

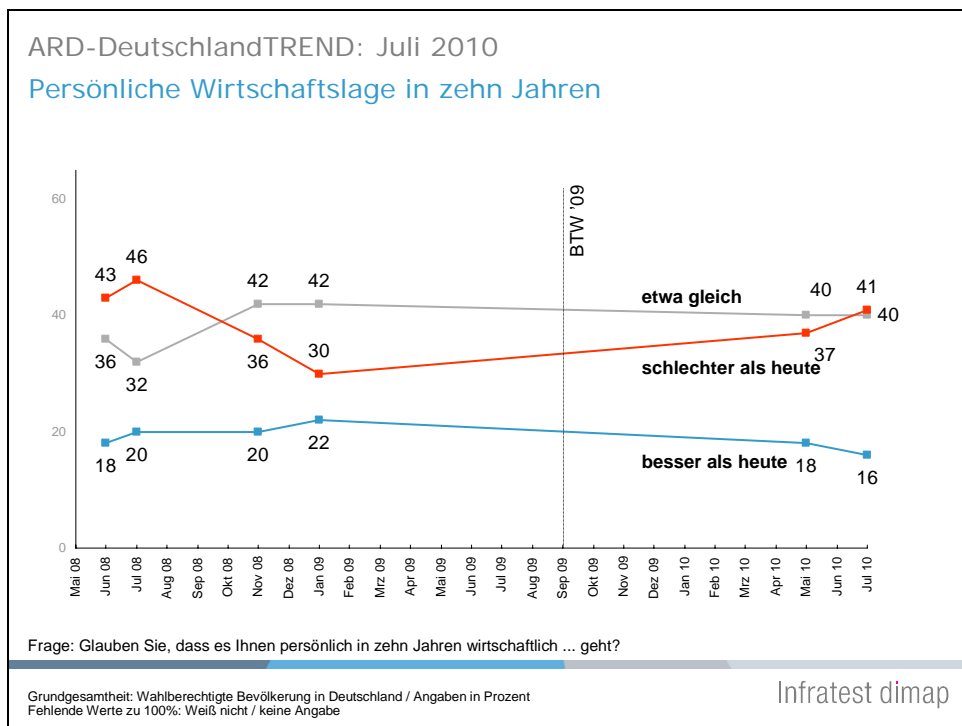




Damit wird die Demokratiepraxis derzeit deutlich schlechter bewertet als unmittelbar nach der Bundestagswahl im vergangenen Herbst (-13 Punkte). Ein besonderes Misstrauen der Deutschen markiert dies im Vergleich zu den Werten anderer Jahre jedoch nicht. In früheren Nichtwahljahren erreichte die Kritik bereits ähnliche Niveaus. Hinzu kommt, dass das Grundvertrauen der Deutschen in die Demokratie als Regierungsform gegenüber November letzten Jahres unverändert hoch ausfällt: 89 Prozent (+/-0) betrachten die Demokratie als gute, 9 Prozent (+1 Punkt) als nicht so gute Regierungsform.

Zukunft: vier von zehn rechnen mit Wohlstandseinbußen

Bei der Bewertung der Demokratie als Politikmodell ist auffallend, dass die Zahl derjenigen, die sich von der Demokratie distanzieren, bei einkommenschwachen Bürgern doppelt so groß ausfällt wie im Bundesschnitt. Vor diesem Hintergrund liefern Fragen zur Sicherstellung von Wohlstand und sozialen Zusammenhalt demokratierelevante Themenstellungen. Gerade was die Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage anbetrifft sind die Deutschen derzeit jedoch deutlich verunsichert. Vier von zehn vermuten, dass es ihnen in zehn Jahren wirtschaftlich schlechter gehen wird als heute – so viele wie seit 2008 nicht mehr. Etwa ebenso viele rechnen damit, dass sie ihren Lebensstandard auf dem heutigen Niveau halten können. Nur rund jeder Sechste (16 Prozent) glaubt, dass es ihm persönlich besser gehen wird.



Richard Hilmer
 Reinhard Schlinkert